

Anforderungen an eine zeitgemäße Friedens- und EU-Politik Österreichs

Erwin Lanc, Mai 2014

Zusammenfassung: Als neutraler Staat hat Österreich in der 2. Republik ein friedenspolitisches Profil entwickelt. Auch nach dem EU-Beitritt hat das österreichische Bundesheer an UN-mandatierten, friedenssichernden Einsätzen, im Besonderen im ehemaligen Jugoslawien, teilgenommen. Hervorragende Diplomaten haben, bzw. leisten dort noch immer, Hilfe bei der Staatwerdung ehemaliger Teilrepubliken bis hin zur Vorbereitung auf einen EU-Beitritt. In der EU-Ost- und Nahostpolitik fehlen ähnliche Beiträge.

1. Österreich im Kalten Krieg

Die 2. Österreichische Republik hat sich in fast 7 Jahrzehnten zu einem berechenbaren, friedfertigen, wirtschaftlich und sozial gefestigten Mitglied der Völkerfamilie entwickelt. Voraussetzung war der Wandel von Bürgerkriegs- zu Koalitionsparteien, die Fähigkeit auch Einparteienregierungen zu vertrauen und die geopolitische Lage zu nützen. Raab und Schärf, Figl und Kreisky ebneten 1955 mit dem Moskauer Memorandum und dem Versprechen neutral werden zu wollen, sobald uns unsere volle Souveränität gegeben wird, den Weg zum Staatsvertrag, Truppenabzug und voller Freiheit.

Der Neutralitätsbeschluss des österreichischen Parlaments vom 26.10.1955 erleichterte es, in den Europarat und die Vereinten Nationen aufgenommen zu werden. 60 Staaten haben damals unseren völkerrechtlichen Status anerkannt oder zur Kenntnis genommen. Damit hatte die Republik ein solides Fundament für eine weltoffene, lagerfreie, auf Zusammenarbeit und Frieden ausgerichtete Politik in einer Welt des Misstrauens und einer weltweiten Blockpolitik. Vor allem Kreisky, Brandt und Palme waren sich der Gefahrenherde bewusst. Die unmittelbare, Jahrhunderte alte Erfahrung Österreichs auf dem Balkan ließ Kreisky auf dieses politische Pulverfass hinweisen, als er auf der Gründungskonferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa 1975 darauf aufmerksam machte, dass die Auseinandersetzung zwischen Israel und den Palästinensern zu einem neuen Pulverfass werden würde, dass die eben beschlossene

Einleitung von Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gefährden könnte. Soweit wollten aber 1975 die „Blockwarte“ nicht gehen.

In Zypern und auf dem Golan hat Österreich weithin sichtbar gemacht, wofür ein immerwährend neutrales Österreich steht. Damit war man gegen den Neutralismus mancher Blockfreier abgegrenzt. Aus einer paramilitärischen Organisation, die Terroranschläge als Mittel einsetzte, um politisch gehört zu werden, hat Österreich unter Dr. Kreisky die schrittweise politische Anerkennung der PLO gefördert und sich gleichzeitig als Transitland für eine Viertelmillion jüdischer Sowjetbürger, die ihr Land verlassen wollten, zur Verfügung gestellt. Das war nicht risikofrei. Verblendete Randgruppen unter den Palästinensern, teilweise von Geheimdiensten jener Staaten stimuliert, die eine politische Lösung des Konflikts mit Israel verhindern wollten, verübten Anschläge in Österreich. Dennoch: zu friedlichen Konfliktlösung führt nicht ängstliches Lavieren sondern klare, völkerrechtliche Positionen.

2. Nachbarschafts- und Balkanpolitik

Heute liegt Österreich nicht an der Blockdemarkationslinie sondern im Herzen einer aus 28 Mitgliedstaaten bestehenden Europäischen Union, aber der überkommene Nationalismus ist nicht tot. Nationale Minderheiten, Roma und Synthi werden nach wie vor benachteiligt, tötlich angegriffen oder sogar getötet. Die jeweilige Staatsmacht bekämpft die Gewalttäter vielfach nur halb- herzig. Da die EU ökonomisch gebraucht wird, hält sich das bisher in Grenzen. Bei einer EU ohne Euro-kern würde das anders aussehen. Es ist Aufgabe österreichischer Nachbarschaftspolitik, manchen Nachbarn beim Abschied von einer Politik der Gewalt - still aber wirkungsvoll – zu helfen und notfalls dafür auch in den entsprechenden EU-Institutionen einzutreten. Diese Erscheinungen haben aber auch eine sicherheitspolitische Komponente. Solange sich bei Österreichs unmittelbaren Nachbarn paramilitärische Verbände bilden können, müssen sich die Menschen in Österreich auf einen militärischen Grenzschutz verlassen können.

Auch das Pulverfass Balkan ist noch lange nicht entsorgt. Vor allem in Bosnien und Kosova leistendeshalb österreichische Soldaten Friedendienst. Kein Krieg ist aber noch lange nicht Frieden. In Bosnien treffen drei Ethnien entlang dreier Religionen aufeinander, aber sie leben nicht miteinander sondern nebeneinander. Österreich hat Zehntausende von bosnischen Flüchtlingen aufgenommen und bemüht sich ehrlich und mit viel persönlichem Einsatz seiner Diplomaten aus Bosnien-Herzegowina einen Staat zu machen; es sollte aber aus eigener

historischer Erfahrung wissen, dass es einen Staat, den seine Menschen nicht wollen, auch nicht geben kann. Eine europäische, gut vorbereitete Bosnienkonferenz ist notwendig. Sie muss die EU- Beitrittsverhandlungen Serbiens nützen, um nicht nur das Verhältnis von Serbien zum Kosovo, sondern auch die Voraussetzung für eine echte Eingliederung der Republika Srpska in den bosnischen Staat zu schaffen. Wer glaubt in diesem Teil des früheren Jugoslawiens mit einzelstaatlichen Lösungen Frieden und Prosperität zu sichern, ist auf dem Holzweg.

3.EU-Ostpolitik

Geografisch ferner, politisch und wirtschaftlich aber noch bedeutender ist das Verhältnis der EU zu seinen östlichen Nachbarn und der Russländischen Föderation. Viele Wunden der kriegerischen und ideologischen Auseinandersetzungen sind noch nicht ganz verheilt; immerhin wird am Mahnmal des Kampfes um Stalingrad auch der gefallenen Gegner, darunter bekanntlich viele Österreicher, gedacht. Umso bedauerlicher, dass bei berechtigter Kritik an Verletzung demokratischer Grundrechte sich deutsche Politiker, zugleich Spitzenrepräsentanten der EU, bemüßigt fühlen, die Winterspiele in Sotschi nicht zu besuchen. Hier geht es nicht um die Aufarbeitung von STASI-Akten sondern um die Frage, wer die EU ermächtigt hat, einen Vertragsabschluß mit der Ukraine von der de facto Entlassung einer Strafgefangenen dieses Staates in deutsche Pflege abhängig zu machen. Ist die Rechtsprechung der Ukraine völker- und/oder menschenrechtsverletzend, hat man mit ihr keinen Vertrag fertig zu verhandeln. Nimmt man die Ukraine wie sie ist und sie macht das für sie offenbar bessere Geschäft mit Russlands Putin, ist die Sotschi Absage ein Fehlgriff, der noch dazu an jene Zeiten gemahnt , wo die die damaligen Großmächte sich gegenseitig „Ihre“ Olympischen Spiele in Moskau bzw. LosAngeles boykottierten.

Eine EU-Außenpolitik, die die wirtschaftlichen und menschlichen Beziehungen mit Osteuropa, dem Kaukasus und Zentralasien ausbauen will, ist richtig. Sie macht aber nur dann Sinn, wenn man nicht mit Unterstützung der NATO und Israels – wie im Falle Georgiens- Russland herausfordert. Auch dort haben DiplomatinInnen Österreichs hervorragende Arbeit getan. Die großen politischen Entscheidungen fallen aber in der EU. In Russland besteht, nicht nur bei Putin, das Gefühl, dass nicht die EU sondern die NATO die Politik gegenüber den östlichen EU-Anrainern und Russland bestimmt. Ihr Vertrag ist aber in Washington und nicht in Brüssel hinterlegt. Aufgabe einer EU-Außenpolitik wäre es daher, die USA für eine Transformation der

NATO von einem blockpolitischen zu einem Instrument der legalen Unterstützung demokratie- und wirtschaftspolitischer Entwicklungen im Rahmen der UNO zu machen. Die Veto-Hürde im Sicherheitsrat der UNO ist hoch, aber seit der Administration von George W. Bush haben ja ohnehin nicht alle NATO-Mitglieder mitgemacht bzw. mitmachen dürfen. Die Bedeutung der NATO bemisst sich aber längst nicht mehr an ihrer Verwendungshäufigkeit seit Ende des kalten Krieges sondern daran, dass es sich um das einzige Militärbündnis demokratischer Staaten handelt – zumindest was ihre prägenden Mitglieder betrifft. Die PfP-Zusammenarbeit des neutralen Österreichs war und ist vielleicht nicht unumstritten.

Solange die UNO aber keine eigenen, ständigen Streitkräfte vorhält, ist sie für internationale Einsätze Österreichs alternativlos. Die Meinung ist weit verbreitet, dass auch das Russland Putins eine militärische Bedrohung darstellt. Als Beweis wird seine Politik gegenüber der Ukraine in Verbindung mit den gestiegenen Militärausgaben angeführt; diese sind lt. SIPRI-Jahrbuch 2013 in den letzten 3 Jahren von 4,22 auf 4,59 % des Bruttonationalprodukts (einschließlich paramilitärischer Verbände, Pensionen und Forschung) gestiegen. Auslöser war die offensichtliche Insuffizienz in der Auseinandersetzung um Südossetien, nicht die Vorbereitung einer russischen Westexpansion. Russland möchte seine südlichen Territorien und damit seinen Zugang zum Schwarzen Meer und seiner Flotte nicht verlieren. Seine Gaskunden in der EU wird es sicher nicht angreifen. Durch den Schulterabschluss mit der russisch orthodoxen Kirche hat sein Präsident die nationale Klammer für seine Mehrheit gefunden. Das sagt auch Chodorkovski.

Welche Russlandpolitik soll Österreich in der EU anmahnen. ? Wirtschaftlich könnte viel mehr passieren. Die EU braucht die Rohstoffe Russlands, Russland die Modernisierung und den Ausbau seiner Wirtschaft. Es gibt kaum eine bessere Ausgangslage. Warum geschieht nichts Substantielles? Ein Schulterabschluss EU – Russland wäre einerseits die beste Voraussetzung zur Beschleunigung eines echten Demokratisierungsprozesses in Russland. Das alte, im kalten Krieg geborene atlantische Bündnis samt US-Hegemonie via NATO müsste aber revidiert werden; bei George W. Bush eine Unmöglichkeit, bei Obama sollte man es versuchen, denn er hat von Beginn an den Focus auf Asien und den Abbau der militärischen Interventionspolitik seines Vorgängers gelegt. Die Achse USA – EU wird aber sicher nicht durch einen Handelsvertrag gestärkt, der die EU zum Markthelfer für DuPont und Monsanto macht. Der unter Hillary Clinton eingeleitete Nachdenkprozess über neue Strategien der NATO sollte fortgesetzt werden. Ihm ist aber eine Perspektive der mittlerweile erweiterten EU hinsichtlich

ihrer Ostpolitik zugrunde zu legen. Die Militärausgaben der USA lagen 2012 bei 708 Mrd. USD, die Westeuropas bei 307 und die Osteuropas, vornehmlich Russlands, bei 100 Mrd. USD. Das militärische Netz von Stützpunkten der NATO reicht vom hohen Norden bis zum Schwarzen Meer. Wer fürchtet sich da vor wem? Ist Kooperation menschenrechtlich unanständig? Mit dieser Einstellung hätten die USA und ihre Verbündeten, aber auch die Neutralen und Blockfreien niemals nach Helsinki zur Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit fahren dürfen. Nach nur 15 Jahren gab es die Implosion des Sowjetblocks, das unblutigste Ereignis dieser Dimension in der Geschichte Europas.

Die gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ist aus drei Gründen ein Papiertiger: Beschlüsse müssen einstimmig gefasst werden. Die kleineren, jüngeren EU-Mitglieder sind auch Mitglieder der NATO. Manche haben hernach diesem Umstand auch ihre relativ rasche Aufnahme in die EU zu verdanken gehabt. Wenn hingegen die alten EU-Mitglieder uneins sind, gibt es halt keine GASP. Dementsprechend eng ist der Spielraum für Lady Ashton, die besser ist als ihr Ruf. Was bleibt da für außenpolitische Initiativen des neutralen Österreichs?

4. Einflussmöglichkeiten Österreichs auf die EU-Außenpolitik

Art. 24 des EU-Vertrags trägt der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU auf, einer Politik der Friedenswahrung, der Sicherung der internationalen Sicherheit, zu betreiben, die Charta der Vereinten Nationen, die KSZE-Schlussakte von Helsinki und die Charta von Paris zu beachten. Mit wenigen Ausnahmen sind dafür einstimmige Beschlüsse des Europäischen Rates der Regierungschefs der Mitgliedsländer notwendig. Vorbereitung und folgende Durchführung der Beschlüsse des Rates ist Aufgabe des hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik der EU; als Nachfolgerin von Solana, Lady Ashton. Ihr stehen im EU-Außendienst überproportional vertretene britische Diplomaten zur Verfügung. Sie schöpfen noch immer aus dem Erfahrungsreservoir einer einstigen Weltmacht. Im Ausland wird die EU zweifach vertreten: durch die Diplomatischen Vertretungen seiner Mitgliedstaaten und das aufwachsende eigene Diplomatische Korps

der EU. Österreich hat nicht nur die Anzahl seiner Diplomatischen Vertretungen, sondern auch sein Botschaftspersonal kräftig reduziert, wenngleich zur Unterstützung handelspolitischer Interessen in Ländern von Erbmonarchien dann und wann einmal eine neue Vertretung – aus Kostengründen gemeinsam mit der Wirtschaftskammer- eröffnet wird; was

nicht immer personell reibungslos verläuft. Mehr noch: auch der zentrale Apparat wurde – insbesondere im Bereich der Verarbeitung der immer stärker werdenden Informationsflut – ausgedünnt. Jahrzehnte hindurch würde ein einschlägiges Forschungsinstitut mit Länder- und Sachgebietsstudien beauftragt und dafür - ohnehin sehr sparsam - honoriert. Alles seit Jahren gestrichen von dem Außenminister, der jahrelang im Vorstand dieses Forschungsinstituts saß.

Art. 38 des EU-Vertrags sieht ein politisches und sicherheitspolitisches Komitee zur Vorbereitung der Ratsbeschlüsse vor. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, dass dort in vielen Fällen schon Vorentscheidungen fallen. Die Vertretung Österreichs erfolgte dort immer durch hochqualifizierte Diplomaten. Je mehr eigene Informationsquellen ihnen zur Verfügung stehen, desto günstiger ist ihre Ausgangslage. Eine wichtige Aufgabe des „Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik“ ist es – Beispiel Ukraine– völkerrechtliche Verträge zu verhandeln und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen. Hier hat Österreich nicht nur die gemeinschaftliche sondern die zusätzlich nationale Aufgabe darauf zu achten, dass sein im Art. 42 des EU-Vertrages „besonderer Charakter“, heißt Status als immerwährend Neutraler, gewahrt bleibt. Die Berichtspflicht -mindestens zweimal jährlich- an das Europäische Parlament, gibt zu koordiniertem Vorgehen der österreichischen Diplomaten und der EU-Abgeordneten Österreichs Gelegenheit, zumal ja eine „gebührende Berücksichtigung“ der Auffassung des EU Parlaments im EU-Vertrag vorgesehen ist. 28 Mitglieder und die Fraktionen im EU-Parlament unter einen Hut zu bringen, ist sicher Schwerarbeit; sie setzt aber auch die Vorgabe klarer politischer Ziele durch Österreich und eine dauernde politische Diskussion darüber im österreichischen Nationalrat voraus. Davon hört man so gut wie nichts. Art. 46 des EU-Vertrags sieht im Bereich Sicherheitspolitik die Möglichkeit einer Teilnahme der EU-Mitglieder an der „ Ständigen strukturierten Zusammenarbeit“ ihrer Streitkräfte vor. Unter dem zum Teil irreführenden englischen Titel „battle groups“ werden von jeweils 3 Mitgliedsstaaten Kontingente mit bestimmten Aufgaben zu einer einsetzbaren Gruppe zusammengefügt. Österreich nimmt daran teil. Mangels politischer Willensbildung oder Nachfrage kam es bisher zu keinem Einsatz. Allenfalls wäre Österreich vor der Frage gestanden, ob seine Mitwirkung durch Sicherheitsratsbeschluss der UNO gedeckt, mit dem Neutralitätsstatus vereinbar ist. Alle EU-Mitglieder, mit Ausnahme Polens, reduzieren ihre Militärausgaben, die aber noch immer mehr als doppelt so hoch wie die russischen sind. Die politische Entscheidung, ob eine EU-Streitmacht eingesetzt wird, fällt so lange nicht, als die militärisch stärksten EU-Mitglieder Einsätze mit den USA, untereinander oder gar nicht koordinieren.

Seit George W. Bush unterliegt selbst die NATO einem Erosionsprozess. Seit Änderung der militärischen Interventionspolitik in den USA ist auch der Gedanke, in einem Umkreis von 6000 km battle-groups auf Lufttransportbasis einzusetzen, obsolet geworden – wenn er es nicht schon immer war.

5.EU-Nahostpolitik

Das 1975 in Helsinki apostrophierte Pulverfass „Naher Osten“ hat sich zu einem in immer kürzeren Abständen ausbrechenden Vulkan entwickelt. Die Repräsentanten eines laizistischen Panarabismus sind tot; Assad jun. in existenzieller Bedrängnis. Schiitische Milizen beherrschen teilweise den Libanon, unterstützen Assad im Syrischen Bürgerkrieg und werden vom schiitischen Gottesstaat Iran gesponsert. Der Irak befindet sich in einem Bürgerkrieg zwischen Schiiten und Sunniten. Überall dort treten die Sunnitischen Staaten, vor allem Saudi Arabien, als Finanziere von teilweise terroristischen Gruppen sunnitischer Bekenntnisse auf. Die Destabilisierung des Libanon und Jordaniens sind unausweichlich, aber Israel, mit illegalen Atomwaffen ausgerüstet, baut nicht nur weiter Siedlungen auf einem ihm nicht gehörenden, besetzten Gebiet, sondern möchte in den laufenden Verhandlungen mit den Palästinensern noch weitere 20 Jahre militärisch an der Jordangrenze präsent bleiben und lehnt auch eine internationale „Sicherheitstruppe“ ab, für deren Fähigkeit sicherlich sowohl die USA als auch die EU sorgen würden. Die EU, in vielen ihrer Mitgliedstaaten - nicht nur in Deutschland und Österreich – mit dem Holocaust belastet, hat mit der Verweigerung, Güter aus den illegal besetzten palästinensischen Gebieten nicht als durch Vertrag mit der EU begünstigt gelten zu lassen, einen wichtigen Schritt getan. Auf die Dauer kann aber gerade ein jüdischer Staat sich nicht vom Völkerrecht verabschieden, andererseits die EU nicht unwesentliche Teile jener Kosten tragen, die für das Überleben der Palästinenser, letztlich Infolge israelischer Verweigerung ihrer Staatlichkeit, anfallen.

Die USA haben in Libyen und Syrien bewiesen, militärisch nicht intervenieren zu wollen. Afghanistan und der Irak haben gezeigt, dass eine Intervention der USA – mit oder ohne Unterstützung seiner europäischen NATO-Partner – keineswegs zu weniger Toten, Verwundeten, Vertriebenen führt, aber dafür die Demokratien verantwortlich gemacht werden, und solcherart für die fraktionierten Gesellschaften in den Staaten des Nahen Ostens den Feind abgeben. Aber auch mit Ölzweig und Taube kann man nicht erfolgversprechend ans Friedenswerk gehen.

Die Bewegungen in den arabischen Staaten wurden, leider fälschlich, als Frühling bezeichnet. Von einer gebildeten, vorwiegend städtischen jungen Generation getragen, wurden ihre in einer Mischung von Korruption und Erfüllung von Privatisierungsaufgaben ihre Finanziers erstarrten Epigonen ehemals national arabischer Führungspersönlichkeiten gestürzt. Je nach nationalem Entwicklungsstand sind das unterschiedliche große, aber jedenfalls Minoritäten. Interessant ist, dass sich diese Bewegungen, nun auch in der Türkei, genau auf jenen Territorien entwickeln, die 1830 das osmanische Reich bildeten. Der Iran instrumentalisiert sein Schiiten, die aber via Hisbollah nichts dabei finden, die sunnitische Hamas in Gaza zu unterstützen. Von Syrien bis in den Golf, aber auch in Afrika südlich der Sahara, finanziert Saudi Arabien und Freunde Sunniten, vorzugsweise die wahhabitische Version. Bekehrung durch Gewalt. In Wirklichkeit geht es um die Herrschaft im, bzw. über den Golf, um Öl, Gas, Schifffahrt. Die Wut der armen Bevölkerungsmehrheit wird von Islamisten politisch kanalisiert, die Lage der Familien durch ein Sozialnetz gelindert. In ganz reichen Monarchien beruht der innere Frieden auf in anderen Ländern unvorstellbaren staatlichen Leistungen an seine Bürger, bei gleichzeitig elender Behandlung der Gastarbeiter.

Da die EU ein guter Kunde in den Golfstaaten ist und hoffentlich niemand – nach den Erfahrungen der USA- an militärische Sicherung dieser Öl- Und Gasquellen denkt, gibt es nur einen Ausweg: eine stufenweise Annäherung an einen von den Partnern am Golf akzeptierten Deal, der Angst abbaut und Vertrauen schafft. Das wäre Erlösung für alle Völker des Nahen Ostens.

Der ehemalige Premier Großbritanniens, Tony Blair, wurde 2002 vom sogenannten Quartett (USA, EU, Russland, UNO) zur Weiterentwicklung einer Friedenspolitik im Nahen Osten eingesetzt. Die Anbindung Arabischer Staaten an das Resultat israelisch – palästinensischer Verhandlungen ist vergessen. Blair hängt an den Rockschoßen Kerry`s. Von einer Kenntnisnahme eines Verhandlungsergebnisses durch die Nachbarn Israels und Palästinas abzusehen, wäre fahrlässig. Stimmt die EU dieser kurzsichtigen Politik zu? Welchen Standpunkt vertreten die UNO und Russland? Ein weites Feld für stille Diplomatie Österreichs, dass schon im 19.Jahrhundert im Zuge des Baues der Hedschasbahn durch den Brünner Mönch Musil die erste Landkarte der arabischen Halbinsel anfertigte; eine Kopie habe ich dem Saudischen Außenminister 1984 überbracht.

6. EU: Globaler Friedensstifter

Solange militärische Stärke als bestimmender Faktor politischer Entscheidungen angesehen wird, ist global eine friedenspolitische Position der EU schwer zu vermitteln. Sie muss daher mit der zunehmenden Bereitschaft verbunden sein, nicht nur national sondern auf Ebene der EU militärische Kontingente für UN-mandatierte Einsätze bereitzuhalten: peace groups.

Solche Einsätze sind daran zu binden, dass gleichzeitig die EU auch die normalerweise parallel laufenden politischen Verhandlungen führt und zivile Kräfte zum Aufbau eines funktionsfähigen Gemeinwesens bereithält – natürlich in laufender Abstimmung mit der UNO.

Durch entsprechende Analyse sind die friedensgefährdenden Zonen zu orten und politische Vorschläge zum Konfliktabbau zu entwickeln. Für eine andere Weltpolizei wird sich nach dem zweimaligen Ausbluten der USA in Vietnam bzw. Irak und Afghanistan kein Hegemon mehr finden. Das ist eine Chance, Konflikte vor und damit ohne Gewaltanwendung zu lösen.

2012 haben Australien, Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan und Großbritannien gleichviel oder weniger für ihre Streitkräfte und deren Ausrüstung ausgegeben; China, Südkorea, Russland, Saudi Arabien und die Türkei mehr. Daran lassen sich auch be- und entstehende Krisenherde ab-lesen. Die wirtschaftliche aber auch zunehmend menschliche Verflechtung nicht nur mit dem Nahen sondern auch mit dem Fernen Osten gebieten der EU, sich in taktvoller Weise auch darum zu kümmern.